



Verteilsfähiger Abonnementszettel. In Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Nummer 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erhalten: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Verlagsanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Deutschland.

© Berlin, 6. Juni. [Die Stellvertretung des Kaisers.] Die Verordnung des Kaisers an den Kronprinzen wegen Beauftragung des Regierens mit der Stellvertretung des Kaisers in den Regierungsgeschäften motiviert diese Stellvertretung damit, daß der Kaiser in Folge seiner Verwundung zur Vollziehung der notwendigen Unterschriften augenblicklich nicht im Stande ist und außerdem nach ärztlicher Vorschrift, um die Heilung der Wunden nicht zu verzögern, sich der Geschäfte enthalten soll. Der Kaiser überträgt deshalb dem Kronprinzen für die Dauer seiner Behinderung die Vertretung in der Oberleitung der Regierungsgeschäfte und ersucht ihn, das demgemäß weiter Erforderliche zu veranlassen. Das vom 4. Juni datirte Document trägt nicht die Unterschrift des Kaisers, sondern um diese zu ersetzen, ist durch die Unterschriften der Chefs des Civilcabinetts und des Militärcabinetts bezeugt, daß der Kaiser in Gegenwart der beiden Chefs den Inhalt der Verordnung nach genommener Kenntniß ausdrücklich genehmigt und die Vollziehung und Veröffentlichung durch den dabei gegenwärtigen Reichskanzler befohlen hat. Die Verordnung selbst ist contrafignirt von dem Fürsten Bismarck als Reichskanzler, dem Grafen Stolberg als Vicepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und sodann von sämmtlichen preussischen Ministern. Gleichzeitig wurde ein Erlaß des Kronprinzen an den Reichskanzler wegen Uebernahme der Stellvertretung, datirt vom 5. d. veröffentlicht, durch welchen der Kronprinz dem Reichskanzler die an ihn gerichtete Allerhöchste Cabinets-Verordnung mit der Weisung zugehen läßt, dieselbe nebst dem Erlaß des Kronprinzen durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen. Der Kronprinz fügt dann hinzu: „Es ist mein fester Wille, die mir von des Kaisers und Königs Majestät übertragene und von mir übernommene Stellvertretung unter gewissenhafter Beobachtung der Verfassung und der Gesetze nach den mir bekannten Grundsätzen Seiner Majestät meines Kaiserlichen Vaters und Herrn, zu führen.“ Dieser Erlaß des Kronprinzen ist nur von dem Fürsten Bismarck contrafignirt. Die Worte am Schluß des kronprinzlichen Erlasses erinnern fast wörtlich an die Modalität, unter welcher die Stellvertretung für Friedrich Wilhelm IV. durch den damaligen Prinzen von Preußen übernommen wurde. — Die gesammte Presse stimmt darin überein, daß die vorausgesehene Beauftragung des Kronprinzen mit der Stellvertretung als ein staatsrechtlich vollkommen correcter Act anzusehen ist. Auch darin herrscht allgemeine Uebereinstimmung, daß der Vertreter des Königs von Preußen ebenso berechtigt zur Vertretung in den Reichsgeschäften ist. Auch in den Lehrbüchern des Reichs-Staats-Rechts herrscht über die letztere Consequenz fast allgemeine Uebereinstimmung.

— Berlin, 6. Juni. [Bevorstehende Maßnahmen. — Bundesrathssitzung.] Die Beratungen des Staatsministeriums über die nunmehr zur Niederhaltung staatsgefährlicher Bewegungen, wie sie durch die Nachforschungen der Behörden angezeigt erscheinen, erforderlichen Maßregeln sind gestern Abend in einem Cabinetsconferenzen unter Vorsitz des Kronprinzen in dessen Palais und heute Vormittag im Staatsministerium fortgesetzt worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß Verlässiges darüber nicht in die Öffentlichkeit kommen kann, bevor die Dinge abgeschlossen sind. Es wird gut sein, für jetzt allen darüber verlautenden Gerüchten Mißtrauen entgegenzusetzen. So viel sieht fest, daß die Verhängung des Belagerungszustandes, wovon so vielfach gesprochen wird, nicht zu erwarten ist und andere Vorschläge erst in wenigen Tagen bekannt werden können. Zunächst werden die Resultate der Beratungen des Ministeriums in Anträgen an den Bundesrath greifbare Form gewinnen. — Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 3 Uhr im Reichskanzleramt eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Staatsministers Hofmann. Selbstverständlich beschäftigte man sich im Eingang der Sitzung mit den Ereignissen des Tages. Auch hier wie im Staatsministerium sind die Dinge noch in der Schwebe und den Verhältnissen entsprechend werden, da ja mit den verbündeten Regierungen in das Benehmen zu treten ist, schon noch einige Tage vergehen, bevor die Dinge hier in ein weiteres Stadium treten können. Im Uebrigen wandte man sich der Tagesordnung zu. Eine Vorlage, betreffend die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungs-Geschäfts im Reichsgebiet für 1877 wurde entgegengenommen und ein Antrag, betreffend das Pensionsverhältnis eines Beamten der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen, erledigt. Es folgte Beschlußfassung über den Antrag, betreffend das Pensionsverhältnis von Beamten der Heeresverwaltung; ferner mündlicher Ausschuss-Bericht über die Vorlage, betreffend den Erlaß von Bestimmungen über die Construction und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands unter Annahme der Ausschuss-Anträge. Anträge der Ausschüsse, betreffend die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Eisenbahnpolizei-Reglements und den Erlaß von Bestimmungen über die Befähigung von Bahnpolizei-Beamten u. und bahnpolizeiliche und Signalvorschriften für schmalspurige Eisenbahnen u. wurden angenommen. Weitere mündliche Berichte der Ausschüsse wurden erstattet über den Gesekentwurf, betreffend den Spielkarten-Stempel, so wie über den Gesekentwurf, betreffend die Tabak-Enquete, unter Zustimmung zu den Reichstagsbeschlüssen. Zur Verhandlung standen ferner mündliche Berichte über die gewerbliche Gefangenen-Arbeit; eine Petition wegen der Verjährungsfrist für persönliche Forderungen, ferner die Vorlage, betreffend die Revision der Pharmacoepoea germanica; die Legitimationscheine für den Gewerbebetrieb im Umherziehen und einige Petitionen.

□ Berlin, 6. Juni. [Aus dem Ministerrathe. — Die sentimental Socialdemokraten. — Vorgehen gegen die Socialdemokraten.] Aus den Ministerial-Sitzungen der letzten Tage wurden über einzelne Vorgänge vertrauliche Mittheilungen gemacht, deren Veröffentlichung noch gestern von berufener Seite als inopportun bezeichnet wurde. Indessen finden wir, daß gerade von einer Seite, über deren Beziehungen man in journalistischen Kreisen keine Zweifel hegt, Mittheilungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, welche einen Zipfel des Schleiers lüften und dadurch weitere Andeutungen der Verantwortlichkeit überheben. Die „N. Deutsche Reichs-correspondenz“ schreibt, daß auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung der Kriegszustand in Berlin voraussichtlich schon in aller nächster Zeit proclamirt werden wird. (Unser —Correspondent widerspricht diesem Gerüchte entschieden. D. Red.) Sollten derartige Maßregeln auch für andere Städte nothwendig scheinen, dann würde

auch dort von der in der Verfassung dem Reichs-Oberhaupt gegebenen Befugniß Gebrauch gemacht werden. Es wird ferner mitgetheilt, daß im Ministerrath die Berufung des Reichstags zu einer außerordentlichen Session beschlossen worden ist und demselben eine Vorlage gemacht wird, welche den Bundesregierungen Vollmachten zur Unterdrückung der socialdemokratischen Agitation geben soll. Ueber die weiteren Vorgänge im Ministerrath wird uns berichtet, daß Fürst Bismarck die Auflösung des Reichstags in Anregung gebracht und sich dabei auf die Aeußerungen eines leitenden Organs der Mehrheitspartei im Reichstage gestützt habe, welches die Annahme von weitgehenden Ausnahme-Maßregeln verporrescirt. Indessen soll diese Idee vom Kronprinzen nicht adoptirt worden sein, der in seiner gewohnten Ruhe und Mäßigung nicht bloß im Ministerrathe, sondern auch schon früher der Ergreifung schroffer Maßregeln widersprochen hat. Es ist denn auch erklärlich, daß sich um den Kronprinzen ein Heil jener Mehrheit des Reichstags schaaren wird, die aus verschiedenen Gründen am 24. Mai gegen das Gesetz zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen gestimmt hat. Verebtes Zeugniß dafür legen bereits Zuschriften von Abgeordneten an die „National-Zeitung“ ab, welche außerordentliche Maßregeln zur Rettung und Heilung unseres Staatswesens verlangen. Die „Nat.-Ztg.“ schließt sich diesem Wunsche an, indem sie sagt: „Tritt die Reichsregierung vor den Reichstag mit der Erklärung, daß sie für die Sicherheit unserer Dynastie und des Landes außerordentliche Vollmachten in Anspruch nehmen muß, so sind wir der Ueberzeugung, daß diese Vollmachten der Regierung unter ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit von der Mehrheit des Reichstages bereitwillig gewährt werden. Das Urtheil darüber, ob solche Vollmachten nöthig sind, müssen wir selbstverständlich der Regierung überlassen. — Die socialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages geben sich plötzlich als Märtyrer ihrer in den Augen der Nation schon längst verlorenen Sache. Weil es in diesem Augenblicke der allgemeinen Verurtheilung nicht mit der dramatischen Sprache geht, so greifen sie zu sentimentalen Phrasen. Sie meinen mit lammstommer Miene, daß sie in der bevorstehenden extraordnären Reichstags-Session Beschwerde über die traurigen Verfolgungen führen werden, die ihre Partei zu erdulden hat. Sie wollen Klage darüber führen, daß ohne äußeren Grund in den letzten Tagen ihre Versammlungen aufgelöst und polizeiliche Bescheinigungen über erfolgte Anmeldung ihrer unschuldigen Zusammenkünfte nicht ertheilt worden sind. Auch glauben die Herren Socialdemokraten Capital aus dem Vorgehen gegen Most schlagen zu können, der wegen Verurtheilung zu sechs-wöchentlicher Gefängnißstrafe persönlich seine Sache nicht führen und dem Reichstage nicht beiwohnen kann. An diesen unfreiwilligen Urlaub werden sich die Socialdemokraten noch für den Rest dieser Legislaturperiode gewöhnen müssen. In der nächstfolgenden werden die Arbeiter Deutschlands wohl zur Besinnung gekommen sein und keinen dieser falschen Propheten mehr in das deutsche Parlament wählen. — Erfolgreicher als durch die Polizei soll jetzt aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft heraus die socialdemokratische Agitation bekämpft werden. In den letzten Tagen haben hier vertrauliche Besprechungen bedeutender Arbeitgeber stattgefunden, um eine Einigung zwischen den Teilnehmern in dem Sinne herbeizuführen, daß jeder derselben sich verpflichte, keine Arbeiter mehr zu beschäftigen, die Mitglieder einer socialistischen Vereinigung wären, die socialdemokratischen Blätter lesen oder sonst irgendwie ihre Zugehörigkeit zur Socialdemokratie bekundeten. Von dieser Vereinbarung sind die Arbeiter durch Placate an den Werkstätten mit dem Bedeuten in Kenntniß gesetzt worden, daß die Zuwiderhandelnden sofort entlassen werden.

△ Berlin, 6. Juni. [Die Uebertragung der Stellvertretung an den Kronprinzen. — Zum Attentate.] Die Ordre, womit die Stellvertretung des Kaisers dem Kronprinzen übertragen wird, ist nun endlich officiell verkündet; zugleich wird der Roman des „Berliner Fremdenblatts“, das sonst wegen allerlei Beziehungen zur Regierung fast für officiös galt, stark gezeißelt. An sich war es wenig glaublich, daß im Krankenzimmer ein feierlicher Staatsact vollzogen sei. Der Kaiser hat die betreffende Ordre nicht mit einem W. statt seines Namens versehen, dies würde auch rechtlich keineswegs einer schriftlichen Beurkundung gleichkommen; vielmehr ist sie nur von den beiden dazu besonders berufenen Zeugen, den Chefs des Civilcabinetts und des Militärcabinetts, bezeugt worden und zugleich heurundet, daß der Kaiser dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten die Vollziehung und Veröffentlichung befohlen hat. Die Gegenzeichnung durch das gesammte Staatsministerium zeigt zum ersten Mal die Unterschrift des neuen stellvertretenden Ministerpräsidenten. Hervorzuheben ist aus dieser Ordre, daß die Vertretung „in der oberen Leitung der Regierungsgeschäfte“ stattfinden soll, ohne besonderer Erwähnung, ob die Reichsregierung und die preussische Regierung, oder beide gemeint sein sollen, und daß — außerordentlich correct — die Dauer der Vertretung nicht an die Beendigung der Krankheit, sondern nur an die Beendigung der Behandlung geknüpft ist. Dem Charakter der „Stellvertretung“ im Gegensatz zu dem Institute der Regenschaft entspricht es, wenn der Kronprinz erklärt, die Stellvertretung nach den ihm bekannten Grundsätzen des Kaisers führen zu wollen. So that auch der Kaiser, als er 1857 die Stellvertretung seines Bruders, des Königs Friedrich Wilhelm IV. übernahm; erst als er die Regenschaft übernehmen mußte, trat die Regierung nach eigenen Grundsätzen ein, die von denen Friedrich Wilhelm's IV. gar weit abwichen. — Ueber die nach der „Provincial-Correspondenz“ anscheinend bevorstehende Einberufung des Reichstages wissen die Abendzeitungen noch Nichts. Dafür bringen sie mancherlei Interessantes über die Familie und das Vorleben des Mörders; die von einem alten Freunde seines Vaters gemachte Andeutung, wonach sich Letzterer in Folge seiner unglücklichen Ehe erschossen hat, wird auch von anderer Seite bestätigt; da die Mutter des Verbrechers noch am Leben ist, gehören die Nachrichten, warum die Tugend desselben vor und nach dem Tode seines Vaters durch trostlose Familienverhältnisse vergiftet war, nicht vor die Öffentlichkeit. Die neuesten Enthüllungen über Londoner und Pariser Complicen versprechen wenig Aufklärung.

Berlin, 6. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Amtmann Cuno von Hugo zu Uingen zum Amtshauptmann ernannt, sowie den seitberigen unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Bonn, Krewel, in Folge der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen

Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer bestätigt. Dem Oberlehrer am Louisenstädtischen Gymnasium zu Berlin, Dr. Bruno Nake, und dem Oberlehrer am Friedrichs-Collegium zu Königsberg i. Pr., Dr. Georg Ellendt, ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden. — Dem Amtmann Cuno von Hugo ist das Amt Uhe, Landdrosteibezirk Hannover, übertragen worden.

Berlin, 6. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] wohnte gestern dem Dankgottesdienste im Dom bei, bei dem sich die ganze königliche Familie betheiligte, und empfing gestern den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz.

Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begaben sich gestern Morgen gegen 9 Uhr zu Sr. Majestät in das Palais. Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz nahm um 10 Uhr den Vortrag der Chefs des Militär- und des Civil-Cabinetts, sowie den des Ministers des königlichen Hauses entgegen und empfing demnächst den General-Feldmarschall Grafen Moltke. Gegen Mittag ertheilten die Höchsten Herrschaften der marokkanischen Gesandtschaft eine Audienz. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz empfing darauf den commandirenden General, General der Cavallerie v. Rümping und nahm später die Vorträge des Chefs der Admiralität und des Chefs des Civil-Cabinetts entgegen. Um 7 Uhr Abends wohnten die Höchsten Herrschaften dem Gottesdienste im Dom bei. (R.-Anz.)

Gewinn-Riste der 3. Klasse 158. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

Table with lottery results. Columns represent prize amounts and winning numbers. Includes entries like 5 91 52 93 125 49 50 261 307 60 93 420 61 509 95 631 62, 716 50 57 94 856 67 87 955 76 1014 19 43 60 130 99 284 339, etc.

922 (150) 89 61,128 54 200 87 312 427 650 94 773 801 (150) 21 24 62 (300) 62,204 17 377 402 41 (150) 566 778 861 81 907 52 (180) 63,068 110 28 245 54 92 313 (150) 34 38 41 532 46 50 95 631 40 64 87 717 45 62 837 95 98 994 64,020 41 56 73 83 137 212 19 (150) 41 426 82 (180) 514 77 615 19 31 39 95 745 808 35 65,055 63 78 82 159 259 60 300 16 34 67 (180) 428 93 523 62 622 90 706 21 823 74 99 908 16 25 95 66,077 89 175 213 38 39 52 54 74 360 403 23 53 563 604 742 71 805 919 (150) 36 65 (150) 99 67,014 32 33 96 103 62 216 35 (150) 310 (150) 51 95 486 500 38 69 89 747 50 80 87 (180) 895 942 49 53 (150) 68,076 (240) 207 317 (150) 31 51 (300) 90 421 84 (150) 518 634 78 730 33 50 51 53 57 (150) 88 830 939 91 69,039 72 (150) 95 128 45 (180) 258 325 408 22 40 (150) 56 57 82 97 527 (150) 691 748 940 55.

70,024 28 73 76 104 9 86 231 39 387 408 50 551 605 43 96 700 (300) 802 7 58 (300) 83 910 (3000) 22 30 76 98 71,074 109 15 84 201 40 67 305 99 400 (150) 85 (240) 90 504 16 75 79 606 96 706 14 82 954 62 64 89 72,031 147 207 22 62 390 411 50 87 548 (150) 618 23 63 89 796 803 5 (180) 12 63 78 73,038 55 57 185 203 91 361 412 27 35 55 595 635 770 837 900 28 55 74,032 126 32 58 291 321 (150) 98 (150) 413 14 19 84 502 609 51 748 54 97 856 57 64 942 55 66 93 75,046 49 175 (240) 224 314 38 91 409 16 27 44 565 81 606 43 71 86 (150) 711 924 40 76,094 (150) 109 10 (150) 21 58 61 299 407 51 62 66 (180) 69 576 679 89 93 94 96 751 807 11 905 17 65 93 77,055 (900) 139 43 45 49 62 90 210 80 98 306 23 417 (150) 29 55 96 512 76 698 720 22 35 63 (300) 848 963 78,064 69 120 44 224 25 353 73 404 54 76 92 547 (150) 72 (150) 672 (240) 782 893 924 42 47 79,116 41 70 63 530 32 73 644 59 72 734 810 (150) 997.

80,000 32 35 121 34 81 83 310 46 48 72 438 91 95 614 844 906 13 (150) 22 97 81,016 68 87 143 205 60 65 325 40 (240) 73 80 412 43 60 576 621 24 723 28 30 80 843 (150) 48 68 910 12 (150) 23 90 82,014 81 (180) 98 99 142 207 96 348 427 85 92 96 540 48 56 75 81 740 806 38 88 944 45 83,003 84 94 218 48 350 83 420 32 (150) 46 68 (150) 554 608 23 791 801 17 24 54 75 902 84,013 274 305 408 55 61 62 512 23 65 (900) 628 771 (150) 82 83 822 70 986 85,152 67 282 501 64 75 640 717 852 979 86,109 (150) 30 88 226 53 76 334 401 11 44 527 33 81 607 739 862 96 979 87,063 74 93 127 246 91 343 (150) 57 428 34 67 520 608 37 702 46 75 85 921 93 95 99 918 85 88,079 93 191 21 22 338 51 62 79 405 56 86 520 39 665 66 725 32 63 857 83 900 89 89,022 37 465 500 634 57 90 776 804 34 69 78 926 69 81.

90,262 427 541 616 765 825 38 931 91,011 45 72 115 48 58 318 50 422 73 755 82 93 (150) 860 70 912 75 92,079 115 207 28 34 430 33 (240) 502 62 638 47 (150) 746 67 87 92 908 23 93,046 135 224 72 92 300 4 56 59 85 96 520 78 94 688 716 60 83 815 80 94,064 106 96 279 81 91 309 30 418 61 501 34 35 (150) 54 642 52 727 60 900 23 81 (150).

[Zum Untergang des „Großen Kurfürst.“] Der „Danziger Zeitung“ geht von einem erfahrenen Seemann eine Zuschrift zu, welche das in Bezug auf den Untergang des „Großen Kurfürst“ cursirende Gerücht widerlegt. Es sei in sachmännischen Kreisen ein offenes Geheimniß, daß die Maschine des „König Wilhelm“ mangelhaft war und daß dieser Uebelstand dazu beigetragen habe, den Zusammenstoß mit ersterem Schiffe herbeizuführen. Der Einsender schreibt: Da es mir von Wichtigkeit zu sein scheint, daß bei diesem erschütternden Unglücksfall nicht falsche Angaben in das Publikum bringen, so nehme ich Veranlassung, die vorgebrachte Auslassung als eine solche zu bezeichnen, welche der Begründung vollständig entbehrt. Die Maschine des genannten Schiffes hat zwar im Jahre 1870 vor Ausbruch des Krieges an ihren Dampfzylindern Schäden erlitten, indessen sind dieselben in England sofort derartig ausgebessert, daß die Maschine nicht nur während des Krieges, sondern auch Jahre lang nachher tadellos gearbeitet hat. Vor ungefähr 2 Jahren sind jedoch die früheren immerhin brauchbaren Zylinder durch völlig neue von wesentlich verbesserter Construction ersetzt worden. Im Uebrigen gehört die Maschine des „König Wilhelm“ ebenso wie die des gesunkenen „Großer Kurfürst“ einem System an, welches in Bezug auf rasches und sicheres Wandern von keinem andern Schiffsmaschinensystem erreicht wird. Hochachtungsvoll Ebonius, Capitän zur See.

[Marine.] Briefsendungen u. für S. M. S. „Elisabeth“ sind bis zum 17. d. nach Montevideo und vom 18. d. ab bis auf Weiteres nach Plymouth zu dirigiren.

### Schweiz.

# Zürich, 2. Juni. [Voltairefeier. — Ultramontane Schnurren.] Schon vor 100 Jahren schrieb Georg Forster: „Wann wird es doch einmal dahin kommen, daß Menschen einsehen lernen, die Quelle der edelsten und erhabensten Handlungen, deren wir fähig sein können, habe nichts mit den Begriffen zu thun, die wir uns vom lieben Herrgott und von dem Leben nach dem Tode und von dem Geistesreiche machen? — Wie klein kommen einem die Menschen vor, die auf ihrem atome de boue, wie Voltaire es nannte, sich einbilden, der allmächtige Gott sei ein Jude geworden!“ Einem so großen Vorkämpfer der Aufklärung, Gewissensfreiheit und Menschenliebe konnte auch die ultramontane Presse der Schweiz nicht achtlos vorbeiziehen; auch sie hat den Voltairer würdig gefeiert, um die Zeitgenossen zu erbaun, zu belehren und zu bekehren. Den Kernschuß ins Schwarze that die „Nid-Schweiz“, das Organ des Bischofs von St. Gallen, Dr. Greth, welcher vor acht Jahren aus einem logischen Gegner der Unfehlbarkeit auch ein fanatischer Verteidiger derselben wurde, indem er seinen Verstand in die Tasche steckte. Das Blatt malt seinen Lesern das Bild Voltaires als das des leibhaftigen Gottselbets an die Wand. „Wohlan, wir wollen auch etwas beitragen zur Voltairerfeier und beitragen, daß Voltaire bekannt werde und damit man auch inne werde, was für Halunken die „St. Gall. Ztg.“ selbst bewundere und verehere und ihrem Publikum zur Verehrung anempfehle. Voltaire, der Philosoph des Unglaubens, der Vater des modernen Heidenthums, in welchem alle Christus- und Kirchenfeinde ihr großes Vorbild und ihren Patron verehren, war einer der gottlosesten und schlechtesten Menschen, die je gelebt, und einer von denen, welche am meisten Unheil in der Welt gestiftet haben, an dessen Folgen die moderne Gesellschaft und besonders das unglückliche Frankreich gegenwärtig noch leidet. In Wahrheit ist Voltaire der größte Feind des Volkes, den es je gegeben hat. Denn er hat dem Volke Religion und Christenthum weggespottet, er hat das Volk entnützlich und verdorben bis in die fernsten Generationen, er hat den Drachensamen der Revolution ausgesät, dessen Früchte heute noch Länder und Völker vergiften, er hat das Volk belogen und betrogen und schließlich hat er für dasselbe ein Joch, eine Peitsche und Hen zum Fressen. Doch in Wahrheit nicht einmal das. Den Galgen, die Guillotine und den Hunger hat er dem Volke bereitet. Und diesen Schurken soll man heute bewundern als Mann des Volkes! Sold! einen Volksschänder nehmen sich unsere Herren Radicaalen zum Vorbild! Das Centenarium Voltaires ist ein Ereigniß, das ein entsetzliches Licht wirft auf unsere Zeit und hinein in die Zukunft, ein Symptom, an dem wir die schwere Krankheit, das tiefe Uebel, woran die moderne Societät leidet, klar erkennen, ein Verbrechen, das zum Himmel schreit, ein Scandal, worüber der Genius der Religion, der Humanität, des Patriotismus, der Ehre, der Tugend und Unschuld sich trauernd das Antlitz verhält. Diese Verehrung Voltaires in unseren Tagen ist ein freivolter Angriff auf Wahrheit, Ehre und Sitte, ein Tritumpfest der Hölle, eine blasphemische Herausforderung der Rache Gottes. Die Rache Gottes wird nicht ausbleiben, wie sie bei Voltaire selbst nicht ausblieb. Die Geschichte hat es mit ehernem Griffel in ihre Annalen gezeichnet zur Warnung für alle künftigen Geschlechter, wie Voltaire geendet. „Ich fühle“, schrieb er

vor seinem Tode, „eine Hand, die mich vor den Richterstuhl Gottes schleppt“, und mit wirrem und stierem Blicke drehte er sich um im Bett und rief: „Da ist der Teufel, er will mich fassen! Ich sehe ihn, ich sehe die ganze Hölle, jagt sie weg!“ In diesem Augenblick ergreift er, geküßelt von einem fürchterlichen Durste, was neben dem Bette steht, setzt es an den Mund und verschlingt dessen Inhalt; dann flößt er einen Schrei aus und verendet.“ — In St. Gallen versuchten es die Römlinge auf alle Weise, die „Abtrünnigen“ unter den Krummstab zurückzuführen. So verordnet der Pfarr-Rector Linden folgende Einladung: „N. N., wohnhaft in N., wird hiermit bei ihren (seinen) heiligen und verantwortungsschweren Pflichten eingeladen und aufgefordert, von nun an zum fleißigen Besuche der Christenlehre in der Domkirche zu erscheinen und jeweiligen Versammlung gehörige Schuldbüßung u. oder eine für alle Fälle entscheidende Erklärung beizubringen.“ Die „N. Zür. Ztg.“ bemerkt dazu: „Wenn sich irgendwo ein altkatholischer Pfarrer beifallen lassen sollte, einem Anhänger der alleinseligmachenden Kirche eine solche Einladung zuzusenden, so würde die ganze ultramontane Presse in ein Zetergeschrei ausbrechen und denselben mit ihren bekannten Liebenswürdigkeiten überhäufen; wenn's aber der Herr Pfarr-Rector thut, dann ist's ganz was Anderes.“ — Der als Fanatiker bekannte Decan Ruggle zu Gossau, Canton St. Gallen, bezeichneter in seiner letzten Predigt einige ihm mißliebige Vereine als den Herd alles Uebels, als die Schlupfwinkel für das Böse, als die Sünde überhaupt. Man dürfe einzelne derselben schon nennen, wie Grütli-, Turn- und Schützenvereine. Er erachtete ferner die Kanzel für die richtige Stätte, um die Mitglieder, einige sogar mit Namen, zu begeiern und schließlich vor dem Beitritt zu diesen Vereinen ernstlich zu warnen. Es gebe zwar auch noch andere Vereine, welche recht seien; natürlich meinte er vornehmlich den Pius-Verein.

### Frankreich.

Paris, 3. Juni. [Die inneren Zustände des Deutschen Reiches] werden vom „Temps“ in einem Leitartikel besprochen, in welchem das Blatt denselben nicht ohne Befriedigung den so rasch vollzogenen Proceß der Genesung Frankreichs entgegenhält. Das Blatt beharrt bei dieser Gelegenheit einen besonderen Punkt.

Das ist nun ein Land, sagt der „Temps“, welches auf dem Gebiete des Volksunterrichts den ersten Rang einnimmt. Jeder kann lesen und Jeder liest viel; man liest, man studirt, man discutirt und zwar über die verschiedensten Gegenstände. Man sollte meinen, daß die arbeitenden Klassen, welche eine solche Erziehung genossen haben, die Anforderungen der gesellschaftlichen Ordnung besser verstehen und sich ihnen leichter unterwerfen würden; daß sie, indem sie das Joch der Unwissenheit von sich abschütteln, zugleich auch alle politischen Anlagen und Tugenden sich zu eigen machen, mit einem Wort, daß der Unterricht ihnen die geistige und sittliche Gesundheit verleihe. Davon wird man Manches aufgeben müssen, ohne deshalb die Schulen etwa verwünschen zu sollen. Es verhält sich mit dem Volksunterricht, wie mit allen großen Emancipationen: sie haben auch ihre gefährliche Seite, sie schaffen einen sehr schwierigen Uebergangszustand, man muß sie zuerst und noch auf lange nur um ihrer selbst willen anstreben und sich nicht gleich von ihnen einen greifbaren Nutzen versprechen. Man glaubt an den Volksunterricht, wie man an das Volk und die Freiheit glaubt, und man glaubt an die Freiheit, wie man an die höhere sittliche Würde des Menschen glaubt. Die liberale Partei hat also tausendmal Recht, wenn sie hinsichtlich der Volkserziehung ihrer Doctrin oder richtiger ihrem Glauben treu bleibt. Nichtsdestoweniger ist es aber für uns von Interesse, an dem Beispiele unserer Nachbarn und an unserm eigenen Beispiele zu erkennen, daß Lehren noch nicht Alles ist und daß unsere arbeitenden Klassen Dank den Bemühungen des Staats unterrichtet werden können, ohne darum auch liberaler, zur Theilnahme an der Regierung geeigneter oder gegen das Laeter besser gewappnet zu werden. Ihre Fortschritte selbst legen sie nach einem unabweislichen Gesetze neuen Gefahren aus: indem sie das Joch der Unwissenheit abschütteln, laufen sie Gefahr, unter das Joch des Sophismus zu geraten; indem sie sich von uralten, geistigen Gewohnheiten befreien, verstehen sie vielleicht nicht sogleich, gesündere und kräftigere anzunehmen. Hieraus ergibt sich, daß der Unterricht nicht für die liberale Partei eine Art von neuem Aberglauben werden darf; sein ganzer Werth liegt in der Richtung, die man ihm giebt, in dem Maße von Vernunft und Sittlichkeit, welches man bei ihm walten läßt. Es genügt also nicht für die Republikaner, Schulen zu gründen und Jedermann zugänglich zu machen; sie müssen auch darauf bedacht sein, in denselben einen gesunden Sinn, ein gerades Urtheil zu pflegen und ihnen eine mächtige moralische Einwirkung abzugewinnen. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Epoche der Ruhe, die uns weder die Vergangenheit vergehen, noch über die Schwierigkeiten der Zukunft blind machen darf. Deutschland ist in diesem Augenblicke unruhiger und im Grunde kränker, als wir; aber das Ausland würde, wenn wir es vergessen wollten, nicht ermangeln, uns daran zu erinnern, daß wir vor einigen Jahren die Commune und vor der Commune das Kaiserreich und vor dem Kaiserreich die Junitage gehabt haben, die uns bescheiden, vorsorglich und arbeitsam machen sollten.“

### Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 3. Juni. [Verbandstag schlesischer Thierschuh-Vereine.] Den gestern in Bed's Restauration (Neue Gasse), Vormittags 11 Uhr, abgehaltenen Verbandstag eröffnete der Präsident, der königl. Departements-Thierarzt Dr. Ulrich, mit einer Begrüßung der erschienenen Deputirten. Vertreten waren die Vereine: Breslau durch den Präsidenten, Dr. Ulrich, Görlitz durch General von Podewils, Bischof durch Thierarzt Haselbach, Glogau durch Probianmeister Debo und Lieutenant Hannig, Schweidnitz durch Kaufmann Schäß, Striegau durch Lehrer Friedrich und Baumeister Schubert aus Saarau. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden wird General von Podewils, zum Schriftführer Polizeisecrätär Junge (Breslau) ernannt. — Der Präsident theilt zunächst mit, daß der Thierschuhverein in Waldenburg selbstständig nicht mehr existirt, sondern sich als Section dem dortigen landwirthschaftlichen Verein angeschlossen hat. Eine weitere Mittheilung geht dahin, daß das Bureau des deutschen Reichstages dem Schles. Centralverein zum Schutz der Thiere angezeigt hat, in die Erörterung der von genanntem Verein eingereichten Petition, betreffend den Erlaß eines Reichsgesetzes wegen Verbot's des Tauschens, sei der Reichstag nicht eingetreten, weil das Strafgesetzbuch gegen Thierquälerei genügende Strafbestimmungen enthalte, soweit aber polizeiliche Maßregeln erbeten würden, die Competenz den Einzelstaaten zustehe. — Hieran schloß sich eine Verichterstattung der einzelnen Deputirten über die Thätigkeit ihrer resp. Vereine. Aus dem Bericht des Generals von Podewils über die Thätigkeit des Görlitzer Vereins sei besonders hervorgehoben, daß der Verein für die dasigen Schüler eine Preisauflage: „Wie kann der Schüler für den Thierschuh-Verein wirken?“ zur Bearbeitung gestellt hat. In einer eigenen Schulfeierlichkeit hat die Prämierung der besten Arbeiten stattgefunden. Auf Veranlassung des Vereins sind Polizei-Verordnungen erlassen worden, wonach die Fuhrwerke den Namen des Besitzers tragen müssen; ein Umstand, der die Anzeigen von Thierquälerei erleichtere. Auf dem Festtage und Festbiermarkt sind die Bestimmungen, betreffend den Thierschuh, angebracht, in den Schulen geeignete Thierschuhschriften vertheilt worden. — Probianmeister Debo constatirt ein Steigen der Mitgliederzahl des Glogauer Vereins. Gegenüber den vielfachen Klagen über thierquälenden Transport von Thieren in der Stadt Glogau sei eine diesbezügliche Verfügung des Ober-Präsidenten von Puttkamer von erstreblichem Erfolge gewesen. Auch hier sind in den Schulen die Grundsätze des Thierschuhes zur Vertheilung gelangt. — Thierarzt Haselbach theilt in seinem Referat über den Verein zu Bischof mit, daß derselbe seine Lebensfähigkeit zumeist den Damen verdanke. Zu bedauern bleibe, daß Lehrer, Geistliche und Großgrundbesitzer sich dem Verein fernhalten. Dagegen sei es erfreulich, daß die dortigen Behörden willig den Wünschen des Vereins nachkommen. — Kaufmann Schäß kann aber den Schweidnitzer Verein nicht Gräuliches melden. Derselbe sei in seiner Mitgliederzahl bedeutend zurückgegangen. — Lehrer Friedrich theilt mit, daß der Striegauer Verein im letzten Jahre um 100 Mitglieder gestiegen sei und gegenwärtig 300 Mitglieder zähle. Dabon gehöre freilich ein Theil dem neugegründeten Verein zu Saarau an, der sich als Zweigverein

dem Striegauer Verein als Zweigverein angeschlossen hat. Lehrender habe sich namentlich die Aufgabe gestellt, indirect der Thierschuhfrage durch eine Verbesserung der Communicationen zu dienen. Placate und Schriftchen sind in Schulen und Gasthäusern vertheilt worden. — Polizeisecrätär Junge berichtete über die bekannte Thätigkeit des Breslauer Vereins. — Den zweiten Gegenstand der Verhandlungen bildete die Frage: Welche Mittel sind anzuwenden, um die Lehrer für die Thierschuhfrage mehr zu interessieren? Referent Lehrer Friedrich (Striegau) kommt nach längerem Vortrage zu folgendem Resumé: Um den Bestrebungen des Thierschuhes bei der Jugend bester Eingang zu verschaffen, ist eine engere Verbindung der Thierschuhvereine mit der Schule und deren Lehrern herbeizuführen. Als geeignete Mittel hierzu dürfte die Vertheilung von Thierschuhstafeln und Thierschuhschriften, die Einrichtung von Prämien für Schülerarbeiten, welchen ein den Thierschuh betreffendes Thema zu Grunde liegt, sowie auch eine directe Verbindung mit den betreffenden Lehrern hinsichtlich der Zwecke und Ziele der Thierschuhbestrebungen zu empfehlen sein. Der Correspondent, Probianmeister Debo (Glogau), fährt aus, daß er in seinen Verhandlungen mit den Lehrern Glogaus über diese Frage kein günstiges Resultat erzielt habe. Auch Rechnungsrath und Hauptmann a. D. Jänicke (Breslau) muß constatiren, daß die Bestrebungen des Breslauer Vereins, die Lehrer für die Thierschuhfrage zu interessieren, von fast gar keinem Erfolge gewesen seien. Nach weiterer Debatte wurde es den einzelnen Vereinen anbegehrt, nach den vom Referenten aufgestellten Gesichtspunkten zu verfahren. — Von einer durch Thierarzt Haselbach (Bischof) beantragten Anrede an das Publikum bebüht sich Anschließ an die Thierschuhvereine wurde, weil keinen Erfolg versprechend, abgesehen, dagegen ein Antrag des Literaten Carlo (Breslau): die königlichen Landrathsämter zu bitten, kurz gefaßte Berichte über die Bestrebungen und Thätigkeit der Thierschuhvereine unentgeltliche Aufnahme in die Kreisblätter zu gestatten, angenommen. — General v. Podewils theilt mit, daß das Mitalied des Görlitzer Vereins, Hauptlehrer Dupré, sich in dankenswerther Weise freiwillig erboten habe, an den Verhandlungen des im Juli cr. in Paris stattfindenden internationalen Thierschuh-Congresses als Vertreter des Verbandes schlesischer Thierschuhvereine theilzunehmen. Gleichzeitig wurde die Bescheidung des im nächsten Jahre für Dresden in Aussicht genommenen deutschen Thierschuh-Congresses den Vereinen aufs Wärmste zu empfehlen. — Als Präsident des Verbandes wird Herr Dr. Ulrich für nächstes Jahr wiedergewählt. Der nächste Verbandstag wird auf Beschluß der Deputirten in Glogau abgehalten werden. Nach Schluß der Verhandlungen (2 1/2 Uhr) vereinigte ein gemeinschaftliches Diner die Deputirten und eine Anzahl Mitglieder des Breslauer Vereins in Bed's Restauration. Den Schluß bildete ein Ausflug nach dem Zoologischen Garten per Dampfer.

\* [Die freireligiöse Gemeinde] feiert die Errettung des Kaisers aus Meuchelmörderhand am 2. Pfingsttag, früh 9 1/2 Uhr, in ihrer Halle, Grünstraße 6. Die Rede hält Herr Prediger Reichbach.

r. [Ausrücken der Feuerweh.] Gestern Abend in der 8. Stunde rückte die Haupt-Feuerwache nach Hofmarkt Nr. 1, woselbst in dem Restaurationskeller der auf einer Schornsteinsohle angesammelte Ruß in Brand gerathen war und in der 9. Stunde nach Nicolaisstraße Nr. 20, woselbst ein Gardinenbrand stattfand, doch war in beiden Fällen von einer wirklichen Feuergefahr nicht die Rede.

\* [Reise.] Die dritte, vom Carl Stangen'schen Reise-Bureau veranstaltete Gesellschaftsreise nach Paris ist am 3. d. M. angetreten worden. Für die nächste dieser Reisen, welche am 13. d. M. beginnen soll, liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor.

[Ueber die Festlichkeiten, welche mit dem dritten schlesischen Musikfeste verbunden werden sollen, sind seitens des Comites nunmehr auch entgültige Beschlüsse gefaßt worden. Danach findet am Abend des 22. Juni, um 8 Uhr, im großen Ressourcen-Saale zur Begrüßung der zum Musikfeste hier eintreffenden Künstler und Künstlerinnen ein Banket, das Gouber zu 3 Mar., statt, unter Theilnehmung der Mitglieder der Central- und Local-Comites. Die Künstler und Künstlerinnen, so wie die Dirigenten der beim Feste theilnehmenden Gesang-Vereine werden dazu als Gäste geladen. Am Montag, 24. Juni, Abends, nach der Festausführung versammeln sich die Festgenossen auf der Actien-Brauerei zu freier Vereinigung. Um 9 1/2 Uhr wird ein Feuerwerk von Habig abgebrannt. Zu diesem Vergnügen haben nur die Inhaber eines Billets zu einer der drei Musik-Aufführungen (nicht der Billets zu den Proben), so wie die mitwirkenden Sänger und Sängerinnen Zutritt. Endlich sollen am Mittwoch, 26. Juni, für sämtliche Festtheilnehmer Ausflüge nach der Landestrone, nach Oßris, Rosenthal und Bittau arrangirt und zu letzteren ein Extrazug um 11 Uhr Morgens veranstaltet werden. Die Anmeldung zur Theilnehmung daran wird durch Einzeichnung in Listen erfolgen, welche in der Restauration der Festhalle (bei Herrn Hüter) und der Conditorei der Festhalle (bei Herrn R. Handshuh) ausgelegt werden sollen. — Die Antwort Sr. Majestät des Königs Albert von Sachsen auf das Einladungs-schreiben, das 3. schlesische Musikfest mit seinem hohen Besuche beehren zu wollen, ist, wie wir aus sicherster Quelle erfahren, nunmehr hier eingetroffen, und lautet ausgedehnt. König Albert wird bereits zu zeitig eintreffen, daß er schon der Generalprobe am Sonnabend vor dem Fest beiwohnen kann, so daß die Anwesenheit des hohen Herrn in unserer Stadt volle 4 Tage umfassen wird. Der König wird nebst seinem Gefolge im Ständehause Wohnung nehmen, in welchem zu seinem Empfange bereits umfassende Vorbereitungen getroffen werden.

—ch. Görlitz, 6. Juni. [Verbot. — Musikfest.] Da seit gestern auch hier das bei dem Hofbuchhändler Lebit in Berlin erschienene Portrait des Alttentiers Dr. Nobiling in Restaurationen und auch an öffentlichen Orten zum Verkauf ausgeben wird, erläßt die Polizeiverwaltung ein Verbot dieses Verkaufes mit der Bitte an das Publikum, daß es die Behörden darin unterstützen möge, den Verkauf des Portraits zu verhindern. Die Polizeiverwaltung fügt dies Verbot auf § 43 der Gewerbeordnung und bemerkt, daß sie den Vertrieb des Bildes nicht gestatten, vielmehr die Contravenienten zur Bestrafung ziehen und die bei ihnen vorgefundenen Bilder in Beschlag nehmen werde. — Das dritte schlesische Musikfest hat bisher die hiesige Bürgerschaft noch wenig für sich erwärmt; woran zum guten Theil ganz irrige Vorstellungen sowohl über das, was in Betreff ihrer Gastfreudigkeit von ihr erwartet wird, als was sie in Betreff der Befestigung der Plätze in der Festhalle leisten soll, die Schuld tragen mögen.

© Girschberg, 6. Juni. [Dank- und Bitt-Gottesdienst. — Die hiesige Spigen-Industrie im Dienste des k. k. Hauses.] Aus Anlaß des gegen das Leben Sr. Majestät abermals gerichteten gewesenen Attentats fand heut Abend um 6 resp. 7 Uhr in allen hiesigen Gotteshäusern unter außerordentlich zahlreicher Theilnehmung Seitens aller Confectionen ein Dank- und Bitt-Gottesdienst statt. In der evangelischen Gnadenkirche, in welcher Herr Pastor Weis seiner gottesdienstlichen Ansprache die Legitworte Pf. 41, 3—14: „Der Herr wird ihn bewachen und bei seinem Leben erhalten u.“ zu Grunde gelegt hatte, betrug die Zahl der verammelten Andächtigen gegen 4000. Die erste patriotische Kundgebung hieselbst über die abermalige Errettung Sr. Majestät aus Todesgefahr war dem Männer-Turnverein vorbehalten, welcher am vorigen Sonntage sein Gartenfest auf Bruner's Felsensteiner feierte, während die erschlatternden Nachrichten einliefen, die anfänglich in der allerschlimmsten Version ausfallen, bis die erhoffte Bestätigung: „Das Leben des Kaisers ist gerettet“, eintraf und die Herzen der Anwesenden von der schwersten Bestürzung befreite, worauf Turnwart Lungwitz den Gefühlen des Dankes gegen die Vorsehung und der unwandelbaren Liebe aller Herzen gegen den thronenden kaiserlichen Herrn in einem dreifachen Hoch Ausdruck verlieh. — Der hiesigen Spigenfabrik von V. Wegselmann in Berlin ist der neue ehrenvolle Auftrag zu Theil geworden, den Spigenbefehl zum Brautkleide Ihrer kgl. Hoheit der Prinzess Marie, Tochter des Prinzen Friedrich Carl von Preußen, sowie die zur bräutlichen Ausstattung gehörenden Fächer und Taschentücher anzufertigen. Bereits vorher hatte die Firma die hohe Auszeichnung, mit der Ausführung derselben Arbeiten für die Prinzess Elisabeth beauftragt zu werden, nachdem zu allererst Herr Wegselmann von Ihrer k. k. Hoheit der Frau Kronprinzessin von Preußen mit der Befestigung des Spigenbefehles für das Brautkleid u. der Prinzess Charlotte beehrt worden war.

### Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 6. Juni. [Schluß der sechsten Schwurgerichtsperiode. — Mänzerbrechen. — Betrug, Urkundenfälschung und Hehlerei.] Gestern fand, gleichwie bei der fünften Schwurgerichtsperiode, vorzeitig der Schluß des Schwurgerichts statt, weil die Verhandlung gegen Daue und Strenz abermals verlagert werden mußte. Aus den vorhergehenden Sitzungen halten wir nur noch für mittheilenswerth, daß am Dinstag zwei Anklagen, auf Mänzerbrechen lautend, verhandelt wurden. Der gesetzlichen Bestimmung gemäß fand hierbei Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Staatsanwaltschaft repräsentirte Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs, die Verteidigung war Herrn Justizrath Niederstetter von Amts wegen übertragen.

Der Schlossergeselle August Otto aus Breslau, 39 Jahre alt und bisher unbestraft, hat geständig „Zweimarsche“ angefertigt. Sie bestanden hauptsächlich aus Messing und hatten nach der Prägung ein Silberbad erhalten. Prägung von Avers und Revers war den echten täuschend ähnlich, die betreffenden Stempel verfertigte der Graveur Schmidt hier selbst. Dem Schmidt hatte Otto vorgegeben, die Stempel sollten zur Anfertigung von Mandamententöpfen dienen. Der Stempel der Platten wich nur in einem Punkte vom Original ab. Anstatt des Münzzeichens A. war von Schmidt ein O. eingraviert worden. Schmidt deutete in der Voruntersuchung dies dahin, daß er den Namen „Otto“ mit dem O. bezeichnen gewollt. Otto wurde bei der Herausgabe des falschen Geldes in einer Restauration zu Dels angehalten. Er warf zwei Schwächeln mit gefälschten Stücken fort, außerdem fand man in den Stiefeln des D. noch Falsificate, so daß man in Besitz von etwa 100 Stücken gelangte. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des D., hier selbst, Nicolaitstraße Nr. 35 gelegen, förderte das gesammte, zur Anfertigung des falschen Geldes notwendige Werkzeug zu Tage. Von der Rolle bis zur Prägepresse fehlte auch nicht ein Gegenstand. Dieses Werkzeug, im Gewicht mehrerer Centner, lag im Gerichtssaale aus. Bewogen durch das ausreichende Geständnis, bewilligte der Gerichtshof dem D. mildernde Umstände; es erfolgte hierauf ohne Mitwirkung der Geschworenen die Verurtheilung des D. zu 3 Jahren Gefängniß, Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Der Schmiedegeselle Robert Leinte und der Einwohner Wilhelm Knauer, beide aus Postelwitz, hatten sich mit der Anfertigung von Thalerstücken resp. Herausgabe der gefälschten Stücke befaßt. Schon als sie die ersten Exemplare der äußerst plump nachgeahmten Thalerstücke zur Ausgabe bringen wollten, entdeckte man die Fälschung. Die Straße wurde für jeden der beiden Angeklagten auf 1 Jahr Gefängniß und die entsprechenden Ehrenstrafen bemessen.

Gestern sollte die auf zwei Tage angelegte, in voriger Periode verbotene Verhandlung gegen die Kaufleute Ernst Paul Gustav Daue und Max Theodor Eugen Sirenz beginnen. Die Gerichtsdienere, mit der Vorsführung der in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten betraut, brachten nur Sirenz nach dem Gerichtssaale. Daue erklärte, nicht vorführungsfähig zu sein. Er hatte sich am frühen Morgen zum Erscheinen vor den Geschworenen bereit und fähig erklärt, auch dementsprechend Toilette gemacht. Kurz vor seiner Abholung war er sich aber angezogen auf die Lagerstatt und behauptete, seine Krankheit gestatte ihm das Erscheinen im Gerichtssaale nicht. Gerichtshof und Geschworene mußten also die Ankunft des Gefängnisarrestanten, Herrn Polizeiphysikus Professor Dr. Hirt, erwarten. Etwa um 10 1/2 Uhr traf der Herr Professor im Gerichtssaale ein. Im Auftrage des Schwurgerichtspräsidenten, Herrn Stadtgerichtsrath Gade, begab sich derselbe sofort nach der Gefängniszelle des Daue und nahm eine genaue Prüfung von dessen Krankheitszustand vor. Ueber den Befund berichtete er, nachdem die sämtlichen Geschworenen in den Saal eingetreten waren. Daue, der von früher her an einem Herzfehler leidet, ist durch den Fortschritt dieses Leidens im Gefängnisse sehr heruntergekommen. Daue gleich das Leiden nicht heilbar ist, so war bis vor wenig Tagen bestimmte Aussicht vorhanden, daß Daue der Verhandlung werde beiwohnen können. Seit heute früh liegt er auf dem Bett, weigert sich nicht bloß nach dem Gerichtssaale zu gehen, sondern giebt überhaupt keinerlei Auskunft. Es trat also die Frage an ihn (den Arzt) heran, ob D. mit Gewalt nach dem Gerichtssaal zu bringen sei, ohne sein Leben zu gefährden. Mit dem Augenblick, wo der Herr Professor dem Angeklagten mittheilte, daß er eben im Bett nach dem Gerichtssaal getragen werden sollte, änderte sich die Scene. Der bis dahin heftige Herzschlag hörte auf, es trat erschütternde Athemnoth ein, der Puls stockte. Auf Grund dieser Anzeichen mußte die Vorsführung ausbleiben, daß die erzwungene Vorsführung des D. mit Gefahr für sein Leben verbunden sein könnte. Es gebe wohl aber noch eine Möglichkeit, den D. zum freiwilligen Erscheinen vor dem Gerichtshof zu bewegen, wenn nämlich die Densitität ausgeschlossen würde. Auf diesen Antrag konnte der Gerichtshof nicht eingehen, weil ein gesetzlicher Grund zum Ausschluß der Öffentlichkeit nicht vorlag. Auf Befragen des Herrn Vorsitzenden erklärte Herr Prof. Dr. Hirt noch: Daue sei sehr krank, aber auch zum großen Theile Simulant. Der Herr Vorsitzende könne sicher sein, daß Angeklagter keinerlei Antwort geben würde.

Herr Professor Dr. Hirt begiebt sich gemeinsam mit Frau Daue nochmals in die Zelle des D. Derselbe läßt aber auch die Bitten seiner Frau unbeachtet und ohne jede Antwort, so daß der Arzt bei seinem Wiedererscheinen das Urtheil abgibt: „Daue sei nicht verhandlungsfähig.“ — Herr Staatsanwaltsgehilfe Hopmann beantragt, die Sache nochmals zu vertagen. Herr Referendar Glaser — Vertretiger des Sirenz — verlangt, daß heut gegen seinen Klienten besonders verhandelt oder derselbe aus der Untersuchungshaft entlassen werde. Die Staatsanwaltschaft wendet sich gegen beide Anträge. Der Gerichtshof beschließt, die Sache zu vertagen, da gegen Sirenz schon um deswillen nicht besonders verhandelt werden kann weil sein Mitangeklagter ihn bedeutend belastet. Es liegen der Anklage schwere Verbrechen — Urkundenfälschung, Betrug und Hehlerei — zu Grunde, Sirenz sei also der Haft nicht zu entlassen. Mit der üblichen Dankagung für die Herren Geschworenen tritt um 1 1/2 Uhr der Schluß der letzten Schwurgerichtsperiode ein.

D-1. Brieg, 5. Mai. [Verurtheilung.] Heute stand der wegen Verleumdung mit 30 Mark Geldstrafe event. 1 Woche Haft und wegen Schimpfung einer christlichen Kirche, sowie Gefährdung des öffentlichen Friedens zweimal mit je zwei Monaten Gefängniß vorbestrafte Curatus Wilhelm Babel aus Karlsruh vor der hiesigen Criminal-Deputation unter der Anklage des Verächtlichmachens von Staats-Einrichtungen, des groben Unfugs, des Mißbrauchs der Kanzel in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, der Verübung beschimpfenden Unfugs in einer Kirche und der Verleumdung des früheren Curatus Dr. Dzierzon. Von der Anklage der Verübung beschimpfenden Unfugs in einer Kirche wurde Babel freigesprochen, dagegen wegen der übrigen ihm zur Last gelegten Vergehen bez. der Uebertretung zu 9 Monaten Gefängniß und 6 Wochen Haft verurtheilt. Der Urtheilbestand ist kurz folgender: Bei Gelegenheit der Verweigerung der Absolution seitens des Babel an eine katholische Braut, deren evangelischer Bräutigam nicht das Versprechen der katholischen Kindererziehung geben wollte, hatte Babel in einer bald darauf gehaltenen Predigt die Eivilbe verächtlich gemacht und unter Anderem gesagt: „Es sind jetzt Diener da, die sich selbst eingekauft haben.“ Nur die von der Kirche eingekauft katholischen Priester sind zur Beschließung berechtigt.“ Am 22. März d. J. hatte ferner der Angeklagte, wie f. B. berichtet, die auf dem Schloß- und Kirchthurm in Carlsruh zur Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers angebrachte Fahne mehrere Male herunternehmen lassen, so daß schließlich ein besonderer Wachposten zur Verhinderung dieses Unfugs aufgestellt werden mußte. Der Angeklagte behauptete zwar, daß er, da der Thurm zur Kirche gehöre, als Vorsteher des Kirchenvorstandes hätte vor Aushängung der Fahne um die Erlaubniß dazu angegangen werden müssen, konnte aber der Aussage des königlichen Domänenpächters Mac Lean nicht widersprechen, daß der Thurm fisciäles Eigenthum und daß die Fahne seit in früheren Jahren an des Kaisers Geburtsfeste ausgehängt gewesen sei. In der am Geburtsfeste Sr. Majestät gehaltenen Predigt hat Babel geäußert: „die jetzigen Nachhaber der Welt verfolgen die Guten, statt sie zu schämen.“ — „die jetzigen Geseze sind nicht christlich, sondern heidnisch“ und die gegenwärtige Lage der Katholiken mit der der Christen zur Zeit der meronianschen Christenverfolgungen verglichen. Endlich hatte der Angeklagte in einer Predigt in Bezug auf den bekannten Bienenzüchter und früheren Pfarrer in Carlsruh Dr. Dzierzon gesagt: „Das Grunzen eines S..... ist dem Herrn lieber als der Gesang eines abtrünnigen Priesters.“ Dzierzon steht nämlich in dem sogenannten Kulturkampf auf Seiten des Staates, dessen Anforderungen an die Kirche er für ganz dem Evangelium entsprechend hält. — Bezeichnend für die Impertinenz des Angeklagten ist der Umstand, daß er während der Verurtheilung der Zeugen, obgleich alle übrigen Anwesenden aufstanden, sitzen blieb und, darüber vom Vorsitzenden zur Rede gestellt, etwa antwortete: „Die gegenwärtige Gesezgebung und Praxis der Gerichte ist nicht geeignet, mir besonders Respekt vor denselben einzusößen.“ — „Ist es bei solcher Gesinnung eines Geheilten zu verwundern, wenn der gemeine Mann heututage die Geseze weniger respectirt als früher?“

[Gesez, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Haushalts-Etat des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1878/79. Vom 1. Juni 1878.] Dasselbe bestimmt:

Die unter Capitel 20 der Einnahmen des Haushalts-Etats des Deutschen Reichs für das Etatsjahr 1878/79 (Reichs-Gesetzbl. 1878 S. 17) in einer Summe festgestellten Naticularbeiträge werden auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilt, wie folgt:

1) Preußen	41,494,609 M.
2) Baiern	19,682,751 "
3) Sachsen	4,575,727 "
4) Württemberg	6,806,586 "
5) Baden	4,836,566 "
6) Hessen	1,422,501 "
7) Mecklenburg-Schwerin	812,032 "

8) Sachsen-Weimar	449,547 M.
9) Mecklenburg-Strelitz	138,518 "
10) Oldenburg	488,098 "
11) Braunschweig	510,308 "
12) Sachsen-Meinungen	303,191 "
13) Sachsen-Altenburg	223,422 "
14) Sachsen-Coburg-Gotha	290,512 "
15) Anhalt	336,401 "
16) Schwarzburg-Sondershausen	99,819 "
17) Schwarzburg-Rudolstadt	116,355 "
18) Waldeck	78,011 "
19) Neuhälder Linie	73,746 "
20) Neuhälder Linie	142,131 "
21) Schaumburg-Lippe	51,222 "
22) Lippe	172,868 "
23) Lüneburg	91,396 "
24) Bremen	244,735 "
25) Hamburg	644,054 "
26) Elsaß-Lothringen	3,060,410 "
Summe	87,145,516 M.

[Gesez, betreffend die Controle des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1877/78 und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1877. Vom 1. Juni 1878.] Dasselbe bestimmt:

Die Controle des gesammten Reichshaushalts für das Etatsjahr 1877/78, sowie des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1877 wird von der preussischen Ober-Rechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reichs“ nach Maßgabe der im Geseze vom 11. Februar 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 61), betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1874, enthaltenen Vorschriften geführt.

Ebenso hat die preussische Ober-Rechnungskammer in Bezug auf die Rechnungen der Reichsbank für das Jahr 1877 die gemäß § 29 des Vant-gesezes vom 14. März 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 177) dem Rechnungshof des Deutschen Reichs obliegenden Geschäfte wahrzunehmen.

## Sprechsaal.

### Von der Pferde-Eisenbahn.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich nächstens mit den Anträgen der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Erweiterung resp. Modification ihres Liniennetzes zu beschäftigen haben. Die Sache ist wichtig genug, um nach allen Seiten gründlich geprüft zu werden. Wie uns scheinen will, steht dabei in allererster Linie die Frage: gereichen die beabsichtigten Aenderungen dem Verkehr, also dem Publikum im Allgemeinen, zum Vortheil? Ist diese Frage zu bejahen, so kann der Umstand, daß vielleicht einzelne Bewohner der betreffenden Straßen Unbequemlichkeiten dadurch erleiden könnten, nicht mehr in Betracht kommen, denn öffentliche Einrichtungen, die nicht nach einer oder der anderen Seite hin private Interessen beeinträchtigen, sind überhaupt nicht denkbar. Um des Ganzen willen muß der Einzelne immer zurücktreten. Wir glauben nun, daß jene Frage unbedingt zu bejahen ist.

Was zunächst die Verlegung der durch die Rosenthalerstraße projectirten Linie nach dem Mathiasfelde betrifft, so ist darüber kein Wort zu verlieren, denn es liegt zu sehr auf der Hand, daß die alte Richtungslinie der jetzigen Configuration jenes Stadttheils nicht mehr entspricht und jetzt da situirt werden muß, wo der Verkehr sich concentriert.

Nicht so einfach liegt die Sache hinsichtlich der in der inneren Stadt anzulegenden Parallelgleise. Aber auch hier springt der Vortheil für das Publikum sofort in die Augen, wenn man bedenkt, daß nur durch eine solche Einrichtung dem Betriebe die Sicherheit, Pünktlichkeit und Leichtigkeit verliehen werden kann, ohne welche eine Straßen-Eisenbahn ihren Zweck nur sehr unvollkommen erfüllen würde. So lange ein solches Institut noch neu ist, ist das Publikum zufrieden, wenn es nur überhaupt befördert wird. Hat die Bevölkerung aber einmal hinsichtlich ihrer Wohnungs- und Beschäftigungsverhältnisse sich eingerichtet, daß es von der Bahn in Abhängigkeit geräth, dann taucht auch die Forderung auf, und mit Recht, daß die Beförderung auf der Bahn eine möglichst schnelle und pünktliche sei. Man will nicht mehr vom Zufall abhängen, sondern sicher sein, daß man ein bestimmtes Ziel auch in einer bestimmten Zeit erreicht. Bei einer einseitigen Bahn, mag ihr Betrieb noch so gut eingerichtet, wird diese Forderung immer ein frommer Wunsch bleiben. Nur die zweigleisige Bahn vermag ihr zu entsprechen. Diese Ueberzeugung ist denn auch in allen anderen Städten, wo Straßen-Eisenbahnen angelegt sind, bereits zum Durchbruch gekommen, dergestalt, daß, wo die örtlichen Verhältnisse es irgend zulassen, der Unternehmer von den Behörden genöthigt wird, zweigleisig zu bauen, selbst wenn dies seinem eigenen Vortheile keineswegs entsprechen sollte. Dieser Vortheil ist übrigens auch hier in Breslau ein problematischer und wird für die Gesellschaft wohl auf lange Zeit weniger in bedeutenden Mehr-Einnahmen, als darin bestehen, daß der Betrieb eine gesunde Grundlage erhält, sich leichter von selbst regelt und daß Collisionen und Unfälle auf ein Minimum reducirt werden. Die Wichtigkeit des letzteren Punktes, auch für das Publikum, liegt auf der Hand.

Die gestellten Anträge zielen ferner dahin ab, den östlichen Theil der sogenannten Ringbahn vorläufig in Fortfall zu bringen und statt des westlichen Theiles (Schweidnitzer Thor, Schweidnitzer- und Nicolai-Sträßchen, Königsplatz) eine mit diesem concentrische Bahn durch die Gartenstraße, Neue Graupenstraße, Freiburgerstraße und Schwerstraße nach der Wilhelmstraße zu bauen. An dem östlichen Theile der Ringbahn ist offenbar nicht viel verloren, denn die Strecke ist fast todt. Man könnte sich vorbehalten, darauf zurückzukommen, sobald die Verkehrs-Verhältnisse sich günstiger gestalten. Hinsichtlich des westlichen Theiles repräsentirt der Antrag einen entschiedenen Fortschritt. Schon der Umstand, daß durch diese Linie eine directe Verbindung der Stadtbahnhöfe erreicht wird, ist hinreichend, ihr den Vorzug vor der zuerst projectirten zu geben. Freilich würde auch sie den gewöhnlichen Nutzen erst voll gewähren, wenn das Project der Parallelgleise in der inneren Stadt zur Ausführung gelangt, denn erst dann würde sie eine selbstständige Linie werden, auf welcher die von den Bahnhöfen kommenden Wagen, bei der Gartenstraße auf die zweigleisige Nord-Südbahn übergehend, direct in die Stadt fahren können, während anderenfalls die mit denselben eintreffenden Passagiere nur bis an die letztere Linie befördert werden könnten und dort der Chance ausgesetzt wären, die von Kleinburg kommenden Wagen besetzt zu finden, mindestens aber auf deren Eintreffen warten zu müssen.

### Die gehobenen Elementarschulen.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 23. d. Mts. sprach Herr Schmoof gelegentlich der Begründung des Beschlusses der Stat-Commission, der Versammlung die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Unterrichtsanstalten wiederholt zu empfehlen, auch die Ansicht aus, daß die hiesigen gehobenen Elementarschulen bereits wirkliche Fall'sche Mittelschulen seien und daß es daher durchaus gerechtfertigt erscheine, auch betreffs solcher Schulen die Wiedereinführung eines Schulgeldes in Aussicht zu nehmen. Da Herr Stadtverordneter Schmoof zugleich Mitglied der städtischen Schuldeputation ist und seine Behauptung über den Charakter unserer Elementarschulen in der Versammlung selbst von keiner Seite Widerspruch erfahren hat, so muß der Laie die Richtigkeit dieser Behauptung annehmen — und doch sehen wir uns veranlaßt, dieser scheinbar ziemlich allgemein verbreiteten, aber irrthümlichen Ansicht mit einer Correctur entgegen zu treten.

Wer die „Allgem. Bestimmungen“ vom 15. October 1872 über Gestaltung und Lehrplan der Mittelschulen liest und damit den Standpunkt unserer Volksschulen vergleicht, kann dieselben nimmer als Mittelschulen im Sinne jener Bestimmungen ansehen. Bei Begründung dessen beschränken wir uns lediglich auf § 1 der betreffenden ministeriellen Festsetzungen, welcher lautet: „Die Schulen (Mittelschulen) sollen neben den Volksschulen des Ortes bestehen und mindestens 5 aufsteigende Klassen mit einer Maximalzahl von je 50 Schülern haben. Es kann jedoch gestattet werden, daß die Oberklassen einer 6klassigen Volksschule nach dem Lehrplane einer Mittelschule arbeiten.“ Da die Breslauer Volksschulen in ihrer Mehrzahl bereits 6klassig sind, so würde ihnen auch gestattet sein, sich an den Lehrplan der Mittelschule zu halten. Dies ist schon jetzt — ob zum Nutzen der betreffenden Schüler, bleibe vorläufig dahingestellt — in einzelnen Disciplinen, so namentlich in den Realien der Fall, wenn man nämlich die unsreithig überladenen Stoffpläne als den zutreffenden Maßstab für die Leistungen dieser Schulen ansehen will. Ein Hauptmerkmal der Mittelschule aber, die obligatorische Erlernung der englischen oder französischen und die facultative Erlernung der lateinischen Sprache fehlt den Elementarschulen gänzlich und wird ihnen hienächst für immer fehlen, bis vielleicht die Commune, nach Voraussetzung der „allgem. Bestimmungen“, sich entschließt, neben den Volksschulen wirkliche Mittelschulen zu errichten, wie solche in Görlitz, Hirschberg u. s. w. bestehen. Daß derartige Anstalten auch für Breslau ein Bedürfnis wären und dem Publikum des niederen Mittelstandes treffliche Dienste leisten könnten, soll gern zugestanden werden.

Aber bei der fast durchgängigen Armuth desjenigen Theils der Gesellschaftsklassen, welcher namentlich die oberen Klassen der Volksschulen bescheidet und die schon jetzt es vielen Eltern unmöglich macht, für die nöthigsten Bedürfnisse des Schulunterrichts zu sorgen, könnte die Errichtung von Mittelschulen in dem Interesse der unteren Volksschichten nicht liegen. Für den größeren Theil unserer Schüler würde sich die Erreichung derjenigen Ziele, welche die allgemeinen Bestimmungen für mehrklassige Schulen festsetzen, als vollkommen ausreichend für den voraussetzlichen Lebensberuf derselben erweisen und ein etwa angestrebtes Mehr nur auf Kosten der für die Volksschulen wichtigsten und unentbehrlichsten Disciplinen erreicht werden können. Das ist jedenfalls auch die Meinung der „allgemeinen Bestimmungen“, wenn sie in § 4 ausdrücklich hervorheben, daß nur da, wo für die Volksschule ausreichende Fürsorge stattgefunden hat, die Errichtung von Mittelschulen seitens der Behörden anzutreiben ist. — Wir hatten bereits als unsere Ansicht ausgesprochen, daß uns die Stoffpläne in hiesigen Elementarschulen — aber auch anderwärts ist das der Fall — namentlich was die sogenannten Realien anlangt, als zu überladen erscheinen. Die Schule trägt in dieser Beziehung den Forderungen des Zeitgeistes in einem Maße Rechnung, welches mit den praktischen Forderungen der späteren Lebensverhältnisse der Elementarschüler nicht im Einklang steht. Dem gegenüber erachten wir es für angezeigt, auf die altbewährte Praxis der Volksschule, Lesen, Schreiben (Deutsch) und Rechnen, als den Angelpunkt alles elementaren Wissens hinzuweisen und eine sorgfältigere Durcharbeitung dieser Disciplinen, als sie bei den bestehenden Einrichtungen möglich ist, bringen zu empfehlen. Für die Schüler der Elementarschule bleibt die möglichste Fertigkeit im schriftlichen und mündlichen Gebrauche der Muttersprache und entsprechende Gewandtheit in den bürgerlichen Rechnungsarten das A und O alles Wissens und Könnens, das sie befähigt, auch nach beendeter Schulzeit ihrer Weiterbildung nach jeder Richtung hin obzuliegen und den späteren staatsbürgerlichen Pflichten und Rechten zu genügen. In den Realien ist es ausreichend, wenn der Schüler ein bescheidenes Maß von Kenntnissen als sicheres Eigenthum gewinnt und in ihm ein lebendiges Interesse und Verständnis für die Geseze und Schönheiten der Natur angebahnt worden ist. Man achte nur darauf, daß die Schule dem Leben dienen soll und setze dann in vorurtheilsfreier Weise die Unterrichtsstoffe mit dessen wichtigster und unabweisbarsten Forderungen in Einklang, so wird eine Verschiebung des Unterrichtsmaterials in angegebener Richtung sicher als gerechtfertigt erscheinen.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, erachten wir also das Weiterbestehen wirklicher Volksschulen auch in Breslau als notwendig, ja wir möchten das Augenmerk der zuständigen Behörde darauf richten, ob es nicht angemessener wäre, eine Beschränkung der realistischen Unterrichtsstoffe der Elementarschulen im Interesse des Deutschen und Rechnens vorzunehmen, auf welche beiden Gebieten die Leistungen unserer Schulen sich von Schulen mit einfacheren Verhältnissen durchaus nicht in dem Grade herberheben, als man wohl gern anzunehmen geneigt ist. Suchen wir die Größe und den Ruhm unserer Volksschulweissen nicht in äußerem Glanz und möglicher Stoffüberbürdung in allen Disciplinen, sondern in der bei sechs-Klassen-System recht wohl möglichen, sicheren Durcharbeitung eines begrenzteren, den thatsächlichen Ansprüchen des Lebens entsprechenderen Unterrichtsgebietes — dann wird man den Lehrern auch die erforderlichen Bedingungen für erhöhte Wirksamkeit auf dem Felde der Erziehung geschaffen haben.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 6. Juni. Bulletin, Abends 9 Uhr. Die gemeldeten günstigen Veränderungen im Zustande des rechten Vorderarms Seiner Majestät dauern fort. Auch im Allgemeinbefinden ist keine Störung eingetreten. Lauer. Langenbeck. Wilms.

Berlin, 7. Juni. Bulletin 6 1/2 Uhr Morgens. Der Kaiser hat den größten Theil der Nacht ruhig geschlafen. Im verletzten rechten Arme ist weder Schmerz noch Hitze eingetreten.

Bonn, 6. Juni. Gestern Abend fand in der Kapel an Kopf gefüllten protestantischen Kirche eine Besinnung für Sr. Majestät den Kaiser statt. Das Presbyterium sandte darauf nachstehendes Telegramm an Sr. Majestät den Kaiser ab: „Die evangelische Gemeinde zu Bonn hat soeben in dichtgefüllter Kirche in Gemeinschaft mit Sr. Majestät beiden Enten aus innerstem Herzen Heil und Gesezung für Sr. Majestät ersehnt.“

Hannover, 6. Juni. Der auf heute morgen anberaumte Feldgottesdienst auf dem Waterloo-Platz verlief in feierlichster und erhebendster Weise. Die Spitzen der Behörden, der Magistrat und der Bürgervorsteher wohnten demselben bei.

Stuttgart, 6. Juni. In der hiesigen Stadt, sowie in Ulm und Calw und vielen anderen Orten Württembergs haben gestern anlässlich des Attentats auf Sr. Majestät den Kaiser sehr zahlreich besuchte Dank- und Fürbitte-Gottesdienste stattgefunden.

Stuttgart, 6. Juni. Für die Wiedergesezung des Kaisers wurde ein allgemeines Kirchengebet zum ersten Pfingstfesttage im ganzen Lande angeordnet. Die Bülletins über das Befinden des Kaisers werden an allen größeren Telegraphenstationen des Landes öffentlich angeschlagen.

Verfaillés, 6. Juni. Kammer. Waddington erklärt, er werde morgen über die Orientpolitik der Regierung Erklärungen abgeben. Bei Berathung des italienischen Handelsvertrags sprachen sich viele Redner gegen den Vertrag aus, weil man Italien zu große Vortheile gewähre. Waddington machte den Vorschlag, die Vorlage unter Vorbehalt der Gargespinnste zu genehmigen. Weiterberathung morgen.

Paris, 6. Juni. Marschall Baraguey d' Hilliers ist gestorben. Die Nationalfeier anlässlich der Ausstellung ist auf den 23. Juli anberaumt.

London, 6. Juni. Unterhaus. Northcote antwortet auf mehrere Anfragen, die Namen sämtlicher Auslandsvertreter auf dem Congreß seien noch nicht bekannt. Die Regierungspolitik sei in den früheren Erklärungen und Schriftstücken klar gelegt, besonders in Salisbury's Rundschreiben. Die britischen Vertreter würden Instructionen erhalten vom Cabinet, welches collectio für die Beschlüsse verantwortlich sei. Weitere Schriftstücke würden erst nach dem Congreß vorgelegt. Smith antwortet Hay, die Flotte im Narmarameer werde wahrscheinlich demnächst aus Gesundheitsrückichten nach den Prinzeninseln gehen. Northcote antwortet Fortker, die Nachrichten über das Befinden des Kaisers Wilhelm seien befriedigend.

London, 6. Juni. Die Großloge der englischen Freimaurer hat gestern auf Antrag Carnarvon's einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher dem Abscheu über den schändlichen Anschlag gegen das Leben des Kaisers Wilhelm Ausdruck gegeben und zugleich die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der „große Architect des Weltalls“ des Kaisers für Europa so werthvolles Leben erhalten werde. Der Prinz von Wales wird die Resolution unterzeichnen. — Am nächsten Sonntag finden in allen deutschen Kirchen Londons Dankgottesdienste für die gnädige Erhaltung des Kaisers statt.

London, 6. Juni. Oberhaus. Salisbury antwortet Shaftesbury, die armenische Frage müsse vor dem Congreß kommen, die Mächte wünschten ohne Zweifel, denselben gerecht zu werden, jedenfalls würde es England. Salisbury antwortet ferner Delawar, die Congreß-Einladung sei weitergehend, als Derby gefordert habe, obgleich der Unterricht mikroskopisch sei.

Bukarest, 6. Juni. Kammer. Ghika entwickelt die Interpellation bezüglich des Congresses und sagt: Das Parlament wolle die Absichten der Regierung kennen. Bratiano erwidert, Europa lud Rumänien noch nicht zum Congreß ein, Rumänien aber werde für seine Sache bei den Mächten plaidiren und den Congreß bitten, keine Entscheidung zu treffen, ohne es zu hören. Bessarabien gehört Rumänien, Europa könne es nicht zwingen, dasselbe gegen die Dobrudscha auszutauschen. Dieser Verhandlungsregel werden wir entschieden treu

bleiben, ungeachtet aller Drohungen und ungeachtet mehrfacher Proteste. Hierauf wird die Debatte geschlossen und zur Tagesordnung übergegangen.

Belgrad, 6. Juni. Ein fährliches Decret beruht die Stupschina-Session nach Krugewas zum 6. Juli ein.

Kairo, 6. Juni. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat um seine Demission gebeten, der Khedive hat dieselbe angenommen.

Triest, 6. Juni. Der Lloydpostdampfer „Diana“ ist heute Morgen 3 1/2 Uhr aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Berliner Börse vom 6. Juni 1878.

Table with 2 columns: Bonds and Gold-Courses. Lists various securities and their prices.

Table with 2 columns: Wechsel-Course. Lists exchange rates for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Aktion. Lists railway stocks and their prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Aktion. Continuation of railway stock listings.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion. Lists railway preference stocks.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktion. Continuation of railway preference stock listings.

Table with 2 columns: Ausländische Fonds. Lists foreign funds and their prices.

Table with 2 columns: Bank-Papiere. Lists bank papers and their prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Lists railway preference stocks.

Table with 2 columns: In Liquidation. Lists companies in liquidation.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Continuation of railway preference stock listings.

Table with 2 columns: Industrie-Papiere. Lists industrial papers and their prices.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Continuation of railway preference stock listings.

Table with 2 columns: Industrie-Papiere. Continuation of industrial paper listings.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Continuation of railway preference stock listings.

Table with 2 columns: Industrie-Papiere. Continuation of industrial paper listings.

Table with 2 columns: Eisenbahn-Prioritäts-Aktion. Continuation of railway preference stock listings.

Table with 2 columns: Industrie-Papiere. Continuation of industrial paper listings.

Breslau, 7. Juni [Wollmarkt.] Die Anfuhr zum Wollmarkt ist dieses Mal eine bedeutend kleinere als im Vorjahr, da der größte Teil der Producenten zu Hause an hiesige und Provinzial-Händler verkauft hat.

Berlin, 6. Juni. [Börse.] Die dunklen Punkte am politischen Horizont verschwinden mehr und mehr; so wäre als Neuestes auf diesem Gebiete zu melden, daß durch die gestern im Reichsrath in Wien erfolgte Annahme des höheren Kaffeepolles das letzte Hinderniß bezüglich des österreichisch-ungarischen Ausgleiches als beseitigt angesehen werden darf.

Amsterdam 160 Fl. ... 8 T. 1/2 168,45 bz ... London 100 Ltr. ... 3 M. 2 1/2 167,65 bz ... Paris 100 Fr. ... 3 M. 2 1/2 167,65 bz ... Petersburg 100 Rbl. ... 8 T. 1/2 167,65 bz ... Wien 100 Fl. ... 8 T. 1/2 167,65 bz ...

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten. (S. T. B.) Paris, 6. Juni, Abends. Boulevard-Berkehr. 3% Renten 75, 90, Neueste Anl. de 1872 111, 45, Türken 1865 14, ...

Hamburg, 6. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-R. 115 1/2, Silberrente 55 1/2, Goldrente 63 1/2, Credit-Actien 195, ...

Breslau, 7. Juni. [Wasserstand.] D. R. 4 M. 64 Cm. U. B. - M. - Em. willigt, doch bald wieder ermäßigt werden müssen, da es an nachgelieferter Kaufkraft für Termine fehlt.

Breslau, 7. Juni. [Produktenmarkt.] Weizen loco flau, Termine wenig verändert, per Herbst 9, 85 Cld., 9, 95 Br. Hafer per Juni 6, 00 Cld., 6, 05 Br. ...

Berlin, 6. Juni. [Produkten-Bericht.] Das Wetter ist kühl und veränderlich. Roggen eröffnete mit höheren Forderungen, die einzeln be-

willigt, doch bald wieder ermäßigt werden müssen, da es an nachgelieferter Kaufkraft für Termine fehlt. loco ist zu unbedeutenden Preisen der Handel schwächer, nur ganz feine Waare ist bequemer verwendbar.

Beizen loco 180-225 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer - Markt, fein, weiß, poln. - M., gelber russischer - M. ab Bahn bez., per Juni 208-206 1/2 M. bez., per Juni-Juli 208-206 1/2 M. bez., per Juli-August 200-198 1/2 M. bez., per September-October 199 1/2 bis 198 1/2 M. bez., per October-November - M. bez. ...

Spiritus loco „ohne Faß“ 53 M. bez., per Juni 52-51,6-52,3 Mark bez., per Juni-Juli 52-51,6-52,2 M. bez., per Juli-August 52,8-52,7 bis 53,1 M. bez., per August-September 53,6-53,4-53,8 Mark bez., per September-October 52,8-53 Mark bez. ...

Breslau, 7. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise un-

Beizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,20 bis 19,90 Mark, gelber 17,80-19,00 bis 20,10 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwächerem Angebot preishaltend, pr. 100 Kilogr. 12,20 bis 13,10 bis 13,60 Mark, feinste Sorte aber Notiz bezahlt. Erste ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neue 12,50-13,60 Mark, weiße 14,50-15,30 Mark.

Rechte-Oberrhein-Eisenbahn-Gesellschaft. Einnahme pro Mai 1878. 1878 nach vorläufiger Feststellung: 1877 nach berichtiger Feststellung:

Table with 4 columns: Juni 6, 7, Nachm. 2 Uhr, Abends 10 Uhr, Morgens 6 Uhr. Lists meteorological observations.

Advertisement for Bergnügungs-Zug (recreation train) from Myslowitz to Krakau-Wieliczka and return. Includes details about departure times and prices.